



Heidrun Dittrich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Heidrun Dittrich, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Heidrun Dittrich, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: E 805
Telefon: +49 30 227-726 15
Fax: +49 30 227-766 15

Wahlkreisbüro Hannover:
Kötnerholzweg 47
30451 Hannover
Telefon: +49 511-44981865

e-mail: heidrun.dittrich@bundestag.de
www.heidrundittrich.de

Berlin, 10.03.2010

Für den Ausbau von Jugendfreiwilligendiensten

DIE LINKE unterstützt grundsätzlich das Anliegen von Wohlfahrts- und Sozialverbänden für eine Stärkung und für den Ausbau von Jugendfreiwilligendiensten wie z.B. dem Freiwilligen Sozialen Jahr, dem Gemeinnützigen Bildungsjahr oder dem Freiwilligen Ökologischen Jahr.

Unter der Voraussetzung von Mitbestimmung und ausreichender, elternunabhängiger sozialer Absicherung (mindestens ALG II-Niveau) haben Jugendfreiwilligendienste eine wichtige gesellschaftliche und individuelle Funktion. Sie tragen bei zur Förderung eigener Fähigkeiten, zu Selbstständigkeit und Selbstbewusstsein, zur Unterstützung bei der Suche nach persönlicher, gesellschaftlicher und beruflicher Orientierung und ermutigen zu Partizipation in der Gesellschaft. Durch die Förderung von sozialen, ökologischen, (inter-)kulturellen, persönlichen und praktischen Kompetenzen sowie durch die Erschließung neuer Horizonte, können Freiwilligendienste wichtige bildungspolitische Ziele erfüllen und als Lernorte zwischen Schule und Beruf dienen.

Im Koalitionsvertrag vereinbarten CDU/CSU und FDP jüngst, die Jugendfreiwilligendienste qualitativ und quantitativ zu stärken. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, diese Zielsetzung ernst zu nehmen. Im Rahmen der von der Bundesregierung geplanten Änderung des Zivildienstgesetzes ab 2011 sollen die Bundeszuschüsse für die Freiwilligendienste jedoch nicht angehoben, sondern nur die bisherige Förderung auf mehr Plätze verteilt werden. Dies wird insgesamt nicht zu mehr, sondern zu weniger Freiwilligendienstplätzen führen.

Wir warnen ausdrücklich davor, die in Diskussion stehende Streichung des Absatzes 4 im § 14c des Zivildienstgesetzes, der die Rückerstattung der Kosten für die Träger von Jugendfreiwilligendiensten regelt, umzusetzen. Für viele Träger würde dies bedeuten, dass sie keine Stellen mehr anbieten könnten.

Angesichts der geplanten Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes von neun auf sechs Monate werden nun jedoch finanzielle Mittel in Höhe von 30 Mio. Euro aus dem Haushalt des Bundesamtes für Zivildienst frei. DIE LINKE fordert, dass diese Mittel eingesetzt werden, um u.a. die Pauschalen im Freiwilligendienst zu erhöhen.

Die Zahl der Bewerber/innen für z.B. ein FSJ/FÖJ ist schon jetzt doppelt so hoch wie das Angebot an Stellen. Wir meinen, dass allen jungen Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten wollen, dieser auch ermöglicht werden soll.

DIE LINKE wird in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages in der Woche vom 15. bis 19. März auf diese Problematik eingehen und im Interesse der Betroffenen Position beziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Heidrun Dittrich
DIE LINKE. Bundestagsfraktion